

# Wende in der Sicherheitspolitik

BERNHARD OTT

Mit der Initiative zur Erhöhung der Polizeipräsenz hat Stadtrat Philippe Müller (fdp) eine Wende in der Sicherheitspolitik ausgelöst. Zum ersten Mal seit der rot-grünen Machtergreifung im Jahr 1992 spricht sich der Gemeinderat für eine Aufstockung des Polizeikorps aus. Er tut dies zwar in einem bescheidenen Rahmen, indem er das Korps der Regionalpolizei Bern mit 640 Stellen um 12 Stellen verstärken will. Aber er tut es.

Die einstige Stadtpolizei ist seit den späten 1980er-Jahren nicht mehr verstärkt worden und lief in den letzten Jahren ihrer Selbstständigkeit auf dem Zahnfleisch. An-

gesichts der angehäuften Überstunden wurden im Stadtrat bereits 2003 bessere Arbeitsbedingungen gefordert. Zwei Jahre später schubladisierte der Gemeinderat kommentarlos einen Bericht der damaligen Polizeidirektorin Ursula Bergert (svp), die eine Aufstockung des Korps um 62 Stellen verlangt hatte. Im Jahr 2006 drohte der Verband der Polizeibeamten mit Kampf-massnahmen bis hin zum Streik, da sich Überstunden in der Höhe von 50 Personaljahren angehäuften hatten. Die Fusion von Stadt- und Kantonspolizei hat die Stadtregierung aus der Bredouille gerettet – die Überstunden-Zeche bezahlte der Kanton. Die drei Millionen Franken Synergiegewinn aus der

Polizeifusion flossen in die Stadtkasse, obwohl der Regierungsrat der Stadt die Schaffung von 20 Frontstellen empfohlen hatte.

Weder ein drohender Streik der Polizisten noch der Regierungsrat konnten bewirken, was nun die Initiative «Für eine sichere Stadt Bern» geschafft hat. Dies lässt Zweifel aufkommen am politischen Gespür der Stadtregierung. Eine Festschreibung der Polizeipräsenz in der Gemeindeordnung, wie das die Initiative will, ist in der Tat unsinnig, da viel zu starr. Aber sie ist populär angesichts der steigenden Brutalität auf der Gasse. Erst die drohende Niederlage an der Urne hat die Kehrtwende im Gemeinderat ausgelöst.